

3. Strukturellen Sexismus endlich bekämpfen!

Der Bezirksvorstand wird aufgefordert sich zur Umsetzung der vom Parteivorstand als Reaktion auf #LinkeMeToo beschlossene Maßnahmen (<https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteivorstand/parteivorstand/detail/solidaritaet-mit-betroffenen-und-konsequentes-handeln-gegen-sexismus-grenzueberschreitungen-und-sexualisierte-gewalt/>) zu verpflichten und über den Fortschritt der Umsetzung binnen eines Kalenderjahres unaufgefordert Rechenschaft mittels eines Transparenzberichts abzulegen.

Diese Maßnahmen beinhalten konkret:

1. Die Einrichtung einer (durch eine externe und fachlich geeignete Organisation oder Personen) geschulten Vertrauensgruppe auf Ebene des Bezirksverbandes. Diese Vertrauensgruppe muss aus Personen bestehen, die kein weiteres Amt in der Partei innehaben sowie aus parteiexternen Personen.
 - Die Mitglieder der Vertrauensgruppe sind ausschließlich für die Unterstützung der Betroffenen da.
 - Die Mitglieder der Vertrauensgruppe werden auf der Homepage der Partei mit einer Kontaktmöglichkeit genannt, damit sie auch einzeln tätig werden können und Betroffene selbst entscheiden können, wem sie sich anvertrauen.
 - Die Mitglieder der Vertrauensgruppe sind niemandem Rechenschaftspflicht, keinen anderen Mitgliedern der Gruppe oder Parteigremien.
2. Die Kommunikation zu sexistischen Vorfällen muss den Schutz der Betroffenen priorisieren. Konkret bedeutet das zum einen, dass es Betroffenen ermöglicht wird vor Gremien oder in Plenen sanktionsfrei über einen Vorfall zu sprechen, zum anderen, die Vorstellung von Betroffenen zu den Themen Schlichtung und/oder öffentliche Thematisierung berücksichtigt werden. Dasselbe gilt für das Vorgehen bei Fällen von sexueller Nötigung und Gewalt.
3. Wenn es zu Anschuldigungen oder Hinweisen auf Gewalt oder sexuelle Belästigung kommt, müssen diese von den zuständigen Vertrauensgruppen/-personen aufgenommen und ggf. an die Landesschiedskommission übergeben werden. All das geschieht in Abstimmung mit betroffenen Personen.
4. Sexistische Handlungen bleiben nach Untersuchung nicht ohne Konsequenzen. Mögliche Konsequenzen können die Vorschläge des Parteivorstands sein:
 - Entbindung von Ämtern in der Partei
 - Verpflichtung, sich einem Votum der Gliederung zu stellen
 - Kein aktives oder passives Wahlrecht innerhalb der Partei für X Monate
 - befristeter Ausschluss von bestimmten Sitzungen in zeitlicher und regionaler Hinsicht • befristeter Entzug des Rederechts
5. Vorfälle, bei denen es sich herausstellt, dass es sich um ein strafrechtlich relevantes Officialdelikt handelt, müssen immer Gegenstand von offiziellen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren werden. In diesem Fall darf nicht der Anschein der Vertuschung bzw. des "unter der Decke Haltens" erweckt werden.

Eine Prüfung durch neutrale Personen/Strukturen soll voreingenommene und vorschnelle Bewertungen und Entscheidungen verhindern.

Auf Bezirksebene sind diese Maßnahmen durch regelmäßige Angebote zu Antidiskriminierungsseminaren für alle interessierten Parteimitglieder im Bezirk zu ergänzen. Des Weiteren werden BO-Sprecher*innen gebeten auf Beratungsstellen und die Vertrauensgruppen auf Bezirks-, Landes- und

Bundesebene zu verweisen. Es wird angeregt, in den Basisorganisationen darüber zu diskutieren, ob eigene Vertrauenspersonen auf BO-Ebene gewählt werden sollen.

Begründung:

"Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus von Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das Männliche."

– Friedrich Engels 1884 (MEW 21, S. 68).

Ideologien wie Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Sozialchauvinismus, Homophobie und Behindertenfeindlichkeit verhindern den Zusammenschluss der lohnabhängigen Klasse im Kampf um ihre Emanzipation und verhindern, dass sie sich als Klasse für sich gegen ihre Ausbeutung auflehnt. Diese Ideologien sind kein Nebenwiderspruch, sondern haben ihren Ursprung in der historischen Entwicklung und haben sich auch materiell tief in die Gesellschaft eingebrannt. Sie bestimmen den Alltag der Betroffenen ebenso wie die alltägliche Ausbeutung im kapitalistischen System.

Wie auch andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist Sexismus ein strukturelles Problem innerhalb der gesamten Gesellschaft, zwangsläufig innerhalb vieler Organisationen, auch in der Partei DIE LINKE. Die aktuell bekannt gewordenen Fälle in Bayern und Hessen sind dabei nur die Spitze des Eisbergs. Bereits 2018 kam es in der Linken in Mitte zu einem Fall von Sexismus. Daraufhin wurde zur Hauptversammlung am 15. März 2019 ein Antrag der BO Peaceful Streetfighters eingereicht, der die Schaffung von Antidiskriminierungsstrukturen und die Aufarbeitung des Falls forderte. Seitdem ist wenig passiert.

Eine antikapitalistische Partei mit einem feministischen Anspruch braucht eine Kultur der Prävention und Strukturen, die Sexismus – von sexistischen Kommentaren, Dynamiken, über Belästigung, Nötigung hin zu sexueller Gewalt – verurteilen, unterbinden und rigoros aufarbeiten. Nicht das Verharmlosen oder die Verschleierung von diskriminierendem Verhalten, sondern das Verhindern und das Aufarbeiten sollten selbstverständlich sein